

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Sonntag, 23. November.

Werden nur beim Verlag und bei den bekannten Agenten entnommen und zwar zum Voraus zahlbar. Preis für die Schweiz (Kontingent) 1. 70 für Deutschland (Kontingent) 1. 50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kontingent).

Die dreispaltige Zeile zu 10. — 20 Pf.

1879.

AVIS an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Sozialistischer Arbeiterkongress zu Marseille.

Die siebente Sitzung (26. Oktober) beschäftigt sich mit der fundamentalen Frage des Lohnwesens, deren wichtige prinzipielle Seite jedoch leider so ziemlich am schwächsten behandelt wird. Außer der Aufzählung der traurigen profanen Konsequenzen dieser Institution kommt nicht viel mehr als allgemeine Worte zum Vorschein, als uns von der wissenschaftlich sozialistischen Bildung der Kongressmitglieder ein sehr wenig schmeichelhaftes Bild gibt.

Zu Beginn der Sitzung ereignet sich ein Zwischenfall, indem der Antrag des Bürger Faucher, den industriellen Beratern des Pariser Arbeiterklubs „Proletaire“ zu unerschöpflichen lebhaften Proteste und Zwischenrufe hervorruft. Das genannte Blatt ist nämlich einem Theil der französischen Arbeiter wegen angeblicher Verbindungen mit der Regierung verdächtigt, ohne daß bis jetzt nähere Anhaltspunkte oder doch Beweise für diesen Argwohn gewonnen zu sein scheinen. Am Schluß der Sitzung wird indessen nach eindringlicher Aufforderung des Vorsitzenden zur Ruhe die Unterstufung doch mit großer Mehrheit gewährt.

Rachdem die Bürger Farinier über die Lage der Bergarbeiter, Hilaire Barthelémy über die der Fabrikarbeiter und namentlich die Nacharbeit derselben und Chapuis über die Lage der Metzger und deren Dienst- und Lohnverhältnisse referirt, stellt Bürger Lombard nach einigen prinzipiellen Ausführungen über das Wesen der Lohnfrage und nachdem er nachgewiesen, daß der Krebsbissen des Lohnwesens nur durch eine imposante Organisation der ganzen arbeitenden Klasse erfolgreich angegriffen werden könne, den Antrag, als dringlich die Konstituierung einer großen Arbeiterpartei in Frankreich anzuerkennen und dazu alle französischen Proletariate einzuladen, auf daß man vereint zur Eroberung der wirtschaftlichen Rechte, zur Abschaffung des Salariats und zum Kriege der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie ausziehe, indem die Lösung dieser Frage allein und definitiv den Sieg der Revolution sichern könne!

Diesem mit lebhaften Beifallsbezeugungen aufgenommenen Antrag folgten noch einige Ausführungen der Bürger Killoud und Lefebvre über die Strikes, ihre Geschichte seit 1848 und den Nutzen, den sie der Arbeiterklasse gebracht.

In der achten Sitzung kam die Frage der direkten Vertretung des Proletariats in den Wahlkörpern, sowie die Bildung einer getrennten Arbeiterpartei zur Verhandlung, oder richtiger, diese Fragen samt ihren Einzelheiten standen auf der Tagesordnung. Dem in Wirklichkeit wurde fast ausschließlich die Frage der parlamentarischen Vertretung behandelt, während bezeichnender Weise die der Bildung einer geschlossenen Arbeiterpartei, welche doch die notwendige Voraussetzung einer wirklichen Vertretung des Proletariats in den Wahlkörpern ist, so gut wie vollkommen unberührt gelassen wurde. Allerdings hatten schon in den vorausgehenden Sitzungen verschiedene Redner die Nothwendigkeit der Bildung einer Arbeiterpartei betont und schließlich wurde auch eine dahin gehende Resolution

angenommen; allein damit ist es noch nicht gethan, und die Verhandlungen des Kongresses haben im Allgemeinen gezeigt, daß das französische Proletariat trotz aller gemachten Erfahrungen noch keineswegs seine Interessen hinreichend begriffen und seinen Grad prinzipieller Entwicklung erreicht hat, welcher zum selbständigen und selbstbewußten Eintritt ins politische Parteilieben erforderlich ist. Wir brauchen natürlich nicht erst zu versichern, daß diese Unreife für eine Parteibildung wesentlich verschieden ist von der angeblichen Unreife der französischen Arbeiter zur Theilnahme am parlamentarischen Leben überhaupt, welche der Vgr. Garin in seiner Bourgeoismanier behauptete.

Tagegen plädiert Vgr. Bestetv lebhaft für Herstellung einer Vertretung des Proletariats im Senat und Kammer, sowie in den General- (Departements-) und Gemeinderäthen, die alle heute ausschließlich von Advokaten, Fabrikanten, großen Grundbesitzern und ähnlichen reichen Leuten angefüllt seien, die dem Volk gleich dem „Hochpriester des Opportunismus“ (Gambetta) vor den Wahlen läugerliche Versprechungen machten, um dieselben dann im Besitz der Gewalt mit Füßen zu treten. Aus diesem Grunde müßten die Vertreter auch einfache Beauftragte sein, welche von ihren Wählern jeden Augenblick wieder abberufen werden könnten.

Nachdem der schon oben erwähnte Vgr. Garin gesprochen und Vgr. Barchet demselben energisch entgegen hatte, beantragte Vgr. Salomon die Einsetzung eines sozialistischen Generalkomites zur Vorbereitung und Organisation der nächsten Wahlen im Sinne des Proletariats. Dieser Antrag wurde von Vgr. Kourniere unterstützt, der die Arbeiter aufforderte, nicht nur vor den Opportunisten, sondern nicht minder auch vor den ebenso zweideutigen Radikalen auf der Hut zu sein. Er weist auf Viktor Hugo hin, der im Juni 1848 an der Spitze eines „Ordnungsbataillons“ gegen das insurgirte Volk von Paris marschirte, und namentlich auf Louis Blanc, der es 1871 mit den Helfern der Kommune gehalten, indem er dem Dankesvotum für Thiers und die Besieger der Kommune beigeschrieben und in einem Brief an den „Figaro“ die Kommunisten als Räuber, Brandstifter und Mörder bezeichnet habe und es erst jetzt wieder vortheilhaft finde, sich als gewaltigen Sozialisten aufzuspielen. Als Redner den bekannten jüngsten Empfang Blanc's in Marseille, bei welchem Blanc von seinen enthausnadmirten Verehrern die Ehre ausgespannt worden waren, eine Schande für Marseille nennt, wird er von einem Theil der Delegirten, welcher schon verschiedentlich sein Mißfallen über die gegen die Führer der äußersten Linken geschleuderten Anklagen geäußert hat, lebhaft unterbrochen und es entsteht eine solche Aufregung, daß die Sitzung unterbrochen werden muß. Indes läßt sich Redner dadurch keineswegs einschüchtern, fährt vielmehr in seinen Anklagen fort und wendet sich auch gegen den „Arbeiterkenner“ Tolain und den Abgeordneten Marin Rabaud, die er als Verräther an der Arbeiterklasse kennzeichnet.

Man kann ja darüber verschiedener Meinung sein, ob es praktisch ist, gerade jetzt, wo die französische Arbeiterbewegung selbst noch soviel Uneinigkeit und Unklarheit und ein Gutmüthiger Mangel politischen Verständnisses zeigt; wo ihre Feinde so zahlreich sind, daß sie sich solche nicht noch extra zu suchen braucht; und wo sie in der Zeit des Uebergangs zum bewußten Sozialismus solche Leute wie Louis Blanc immerhin noch einig-

maßen benutzen kann, ohne sich dadurch gegen dieselben selbst etwas zu vergeben; man kann, wie gesagt, zweifeln, ob es politisch war, diese Dinge schon jetzt aufs Tapet zu bringen. Aber nachdem sie einmal ausgesprochen waren, kann es nur als erfreulich begrüßt werden, daß die Abstimmung zeigte, daß das Häuflein der Bewunderer Louis Blancs und Seinedgleichen im Kongress nur klein (34 Stimmen) war, während die überwiegende Mehrheit (76 Stimmen) die Rolle der genannten Männer in der französischen Arbeiterbewegung und die Nothwendigkeit der vollkommenen Emanzipation der Arbeiter von jeder andern Parteilichkeit zu schätzen wußte und sich im großen Ganzen mit Fourniere, einem der fortgeschrittensten Pariser Sozialisten, vollkommen einverstanden erklärte.

In diesem Sinne sprachen sich auch die Bürger Guquin, Daubier, Rouvier, Meunier, Fraxier, Roche, Gas, Charrier und Die aus, welche ebenso sämmtlich für Schaffung einer parlamentarischen Vertretung des Proletariats eintreten.

Ueber die wichtige Frage des Eigenthums ward in der neunten Sitzung zwar keineswegs Neues und auch das Alte nicht immer klar vorgebracht, aber es ist immerhin von zweifellosem Werth, daß zum ersten Mal in der neueren französischen Bewegung der Kollektivismus nicht nur von einem Einzelnen, sondern von zahlreichen Rednern offen und ohne Einschränkung proklamirt worden ist, ohne allgemeinen Widerspruch und Empörung hervorzurufen. Es ist noch nicht lange her, daß derlei auf französischem Boden unmöglich hätte laut ausgesprochen werden können, während heute trotz aller Hegelei der reaktionären Presse das Schreckgepenst der allgemeinen Theilerei gar nicht so recht mehr seine Schuldigkeit thun will. Und wenn erst der Schrecken einmal verschwunden ist, dann steht man sich den Popanz auch bald näher an, findet Manches gar nicht so äbel und gewohnt sich vor Allen allmählig an ihn und das Weitere wird sich dann schon mit der Zeit finden!

Eingeleitet wurde die Debatte durch Vgr. Fourniere, welcher es für die Pflicht des Kongresses hält, zu dieser wichtigen Frage energisch Stellung zu nehmen und ein für allemal die Parole des Arbeitsinstrument dem Arbeiter, der Boden dem Bauer — auszugeben. War er vindiktirt den Besitz von Grund und Boden den Gemeinden. Faucher bekämpft lebhaft das individuelle Eigenthum und greift den Positivismus an, welcher in dieser Frage vollkommen reaktionär sei. — Finance (bekanntlich Positivist) wendet sich dagegen wider den Kollektivismus, indem er die alten Phrasen für das Privateigenthum: die Nothwendigkeit desselben für die „Unabhängigkeit und Würde“ des Bürgers (1) wiederholt, und pathetisch erklärt, lieber in der ärmlichsten Hütte bei sich zu Hause wohnen wollen, als in den Kollektivbehaltungen, die den Kaiserern gleichen. Er glaubt, daß die Arbeiter rascher vorantreten durch die Erziehung, durch Wissenschaft und „moralische Haltung“ als durch die Revolution! — Lombard erwidert ihm, daß es sich gar nicht um die (gewaltsame) Revolution als ein Prinzip handele, sondern daß dieselbe lediglich ein Mittel sei, zu dem die Arbeiter nur dann greifen, wenn es ihnen von der herrschenden Klasse aufgezwungen werde, und begründet dann

Bücherchau.

„Geschichte und Theorie der Pariser revolutionären Kommune des Jahres 1871“, so betitelt sich ein 412 Seiten starkes Buch, das Herr Bernhard Becker, der ehemalige Präsident des Allg. deutschen Arbeiter-Vereins, kürzlich im Verlag von Otto Wigand, Leipzig, erscheinen ließ.

Das öffentliche Erscheinen eines Werkes über die Kommune, unter den gegenwärtigen Umständen in Deutschland, schließt von vornherein die Vermuthung aus, daß dasselbe auch nur entfernt eine Verteidigung oder Rechtfertigung der Pariser Kommune enthalten kann. Ist aber, wie in dem vorliegenden Falle, der Verfasser gar ein bekannter früherer Sozialist, so läßt die bloße Thatsache der Veröffentlichung nur den einen Schluss zu: daß ein solches Werk nur zur Bekämpfung und Herabwürdigung des geschichtlichen Ereignisses, mit dem es sich befaßt, geschrieben sein kann, weil sonst kein Erscheinen unmöglich wäre. Es bedurfte also gar nicht erst der öffentlichen Versicherung des national-liberalen Verlegers, Herrn Otto Wigand, daß das Werk vom Verbot auf Grund des Sozialistengesetzes geschützt sei, um bei jedem mit unsern Zuständen Vertrauten den Gedanken hervorzuspüren: was kann kein Geschichtswerk, das kann nur eine Anklagechrift, wenn es nicht schlimmeres ist, sein.

Und das Schlimme ist es in der That. Wenn der Leser eine Kaskade von sämtlichen Schimpfwörtern und Verleumdungen, welche in der Zeit des heiligen Krieges und kurz darnach von fanatisirten national-liberalen Zeitungsschreibern gegen die Franzosen im Allgemeinen und die Pariser und die Kommune insbesondere geschleudert worden sind, vornimmt und aneinanderreicht,

dann bekommt er ungefähr das, was Herr Bernhard Becker in dem ihm auszeichnenden Vorworte ein „unparteiisches Geschichtswerk“ nennt. Herr Becker versteht, keiner Partei zu dienen. Dies ist jedenfalls insofern richtig, als er der sozialistischen Partei nicht dient; wohl aber dient er den Feinden des Sozialismus. Ob freiwillig oder für Geld, bleibt dahingestellt. Jedenfalls hätte Herr Becker das Weib, das er mit seiner Schrift verdient, nicht bekommen, wenn sie nicht so wäre, wie sie ist: ein Pamphlet und eine Schandchrift gegen die Sozialisten und die Kommune.

Am nicht mißverstanden zu werden, müssen wir erklären, daß wir von einem Geschichtsschreiber der Kommune keine Lobhudelei derselben verlangen; damit kann den Sozialisten zu allererst gebüht sein. Keine Partei hat mehr als die sozialistische die Pflicht, gegen sich selbst streng zu sein; die begangenen Fehler und vorhandenen Mängel ohne Scheu aufzudecken und kritisch zu beleuchten, um daraus für die Zukunft ihre Lehren zu ziehen. Und schließlich wird kein Sozialist leugnen, daß die Kommune ihre großen Mängel gehabt und schwere Fehler begangen hat. Eine unparteiische, oder was dasselbe ist, objektive Geschichtsschreibung muß die Ursachen darlegen, denen eine Bewegung ihre Entstehung verdankt; sie muß nachweisen, nicht bloß, daß sie, sondern auch warum sie Mängel besaß und Fehler machte, und sie muß das, was in der Bewegung geschah, aus und unter den Umständen, in denen sie existirte, zu erklären suchen; nicht aber einen ganz unmöglichen Standpunkt einnehmen, von dem aus sie urtheilt.

Von alle diesem ist bei Herrn Bernhard Becker's „Geschichte und Theorie der Pariser revolutionären Kommune“ keine Rede,

und was Herr Bernhard Becker's Person und seine früheren Arbeiten kennt, wird dies auch nicht erwartet haben. Herr Bernhard Becker mangelt total die höhere geschichtliche Auffassung, wogegen er in hohem Grade die Neigung zu Krach und Standpat und zum Wühlen im Schmutz besitzt, den er sich schafft, wenn er ihn nicht findet. Daneben leidet er am Größenwahn. Es gibt in der ganzen sozialistischen Partei, wie sie war und wie sie ist, nur einen einzigen großen Mann, und dieser große Mann ist — er selbst! Daher ist denn auch Alles flach, eck und verpöcht, das Herr Bernhard Becker nicht selbst gemacht, und da die Pariser Kommune den großen Fehler begangen, zu entstehen, ohne ihn zu fragen, so ist sie schon allein durch diese einzige Thatsache in seinen Augen gerichtet.

Eine andere Abie Eigenschaft, mit der Herr Bernhard Becker behaftet ist, und die in seinem Pamphlet oft in drastischer Weise hervortritt, ist sein Nationalitätsdünkel; er, der den Franzosen insgesammt und den Kommunisten insbesondere maßlosen Nationalitätsdünkel und gänzliche Verkommenheit vorwirft, sieht in den Deutschen das erste Volk der Welt, das die Führerrolle zu übernehmen hat; was machen ihm das deutsche Reich ungewein sympathisch ist.

Endlich ist noch ein Umstand, wegen dem wir Herrn Bernhard Becker persönlich anfallen müssen. Nicht bloß an einer Stelle, nein, in mehr als an einem halben Dutzend Stellen seiner Schrift wird den Pariser Arbeitern nachgesagt, daß sie lächerliche, verpöchte und verkommene Subjekte seien, die nur in Schwelgerei und Wollust dahin gefiehl und allen sittlichen Erhaltes bair seien. Solche Gemeinheiten werden Tausenden braver Männer nachgesagt, die für ihre Ueberzeugungen ihr Leben eingeseht, und

die Notwendigkeit des Kollektiv-Eigentums aller Kapitalien einsehend. Von großer Unklarheit zeugt dagegen der Schluss seiner Rede, in welchem er meint, daß die Umwandlung des Eigentums an Land, Fabriken, Minen, Eisenbahnen, Werkstätten etc. in den Gemeinbesitz auf dem Wege der überlieferten Gemeinden angestrebt werden solle, während man es jeder der letztern anheimstelle, sich auf den friedlichen oder auf den revolutionären Standpunkt zu stellen, je nach Temperament, Sitten und Umständen. (1)

Im Sinne des Kollektivismus sprechen sich dann noch verschiedene Redner, so die Hrn. Graves, Bernard und Koch aus.

Schwäbische Zustände.

K. aus Schwaben, im November. Allen jenen gesinnungstüchtigen Arbeitgebern und Ordnungsmännern, die es bei den durch die Sozialdemokraten „aufgehobenen“ Arbeitern nicht mehr aushalten können, ist dringend anzurathen, daß sie sich in das sagenberühmte Schwabenland zurückziehen; denn, wenn irgendwo, so ist hier noch das Eldorado der „Ordnung.“ Außer in Stuttgart und einigen wenigen Adelsschloßern kennt man die Sozialdemokratie hier kaum vom Hörensagen. Dabei glaube man nicht, daß die ärmere Bevölkerung es hier irgendwie besser hat als sonstwo im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte. Im Gegenteil dürfte speziell der ländliche Arbeiter hier schlimmer daran sein, als in manchen andern Gegenden; und wohin man blickt, gibt es auch hier Mangel und Hunger und Elend übergenug. Und woher kommt es, daß trotz alledem im Volke so wenig Unzufriedenheit herrscht? Die Antwort darauf ist leicht, wenn man die hiesigen Verhältnisse kennt. Zum weitest größten Theile ist es der Einfluss der Kirche und der von ihr völlig beherrschten Schule, welche die arme Bevölkerung bei allem Elend in Ruhe und verhältnismäßiger Zufriedenheit erhalten.

Die Kirche nimmt hier nämlich noch eine ganz mittelalterliche Stellung ein, ihr Einfluss reicht noch bis in die niedrigste Stufe, und sie hat es fertig gebracht, das Volk so zu verblöden, daß es gar nicht mehr begreifen kann, wie es anders werden könnte, ja daß es das Denken überhaupt schon völlig verlernt hat. Wenn auch der hiesige Arbeiter mit Weib und Kind oft in seinem Leben etwas anderes hat, als Kartoffeln, Brod und dünnen Most, so geht er doch am Sonntag in die Kirche, dankt seinem von der Regierung verordneten Nationalgott dafür und gibt die Pfennige für die er sich lieber einmal Fleisch kaufen sollte, für die äußere oder innere Mission. Die Folgen eines solchen Lebensworts, bleiben denn auch nicht aus, sie geben vielmehr sichtbar herum in einer überproportionalen Anzahl von Schwämmigen, die es in den fog. untern Ständen hier zu Lande gibt. Was ist auch wohl natürlicher, als daß geistig verdünnte und hungernde Eltern auch körperlich und geistig verkrüppelte Kinder erzeugen? Hier kann man recht deutlich erkennen, wie es unsere Konservativen meinen, wenn sie das Volk mit Religion vom Sozialismus befreien und glücklich machen wollen. Dieses „Gut“ besteht in „Zufriedenheit“, erzeugt durch konsequent fortgesetzte geistige Verblödung, und in der Hoffnung auf das bessere Jenenseits, von der noch niemand satt geworden sein soll.

Kragt man nun weiter, wie es möglich ist, daß die Kirche hier in neunzehnten Jahrhundert noch solchen Einfluss entwickeln kann, so hat auch das seine ganz natürliche Ursache. In Württemberg existieren nämlich seit circa 300 Jahren die sogenannten Seminäre, d. h. Vorbildungsanstalten für Theologen, in denen diese bis zur Unversehrtheit gebildet werden. In diese Seminäre werden jährlich von Eltern, die sich melden, circa 40 Böglinge, die von Allen das beste Examen gemacht haben, aufgenommen, und man sieht sofort, daß auf diese Weise hier niemals, wie anderwärts, z. B. in Nassau oder Baden, Mangel an Vätern eintreten kann. Die Sache ist ähnlich für die jüdischen und christlichen Eltern sehr verlockend; da die jungen Leute nicht nur vier Jahre bis zur Unversehrtheit, sondern auch auf dieser selbst noch völlig auf Kosten des Staates erhalten werden. Der hiesige Schwabe ist sehr stolz auf diese Seminäre und rühmt es besonders, daß in dieselben Jeder ohne Unterschied des Standes und Vermögens aufgenommen wird. Dabei vergißt der gute Mann nur zweierlei: erstens, daß diese Freigebigkeit des Staates nur einer halben Theologie, zu gute kommt, und zweitens, daß Jeder, der aufgenommen sein will, das sogenannte Landesexamen vorher machen muß. Bei diesem Examen wird ungefähr die Hälfte für die Lektia eines Gymnasiums vorgelesen, und derjenige Vater, der das Geld nicht hat, seinen Sohn selbst auf eigene Kosten unterrichten zu lassen, kann ihn also auch nicht in das Seminar bringen. Man findet denn auch, wenn man die Listen der jährlich aufgenommenen 40 durchliest, meist nur Söhne von Geistlichen, Gymnasiallehrern oder sonstigen studierten Staatsbeamten darin; Söhne von Volksschullehrern kommen schon seltener dazu, Söhne von armen Leuten aber fast niemals. Wir haben also auch hier, um angeblich Jeder aufgenommen werden kann, den Klassenstaat von seiner höchsten Stufe.

Nun beachte man aber die weiteren Folgen dieser Einrichtung: indem fast nur Söhne von Beamten und Studierten in die Seminäre aufgenommen werden und diese bis zur Verdingung des Universitätsstudiums zusammen bleiben, entsteht unter den jungen Leuten eine Art von geistlichem Hochmuth und ein Kostengeist, der später im Amt sich erst recht entfaltet und überhaupt das willkürliche Verhältniß zum in widerständiger Weise auszeichnet. Dazu kommt dann die Art und Weise, wie die jungen Leute „gebildet“ werden. Religion ist ja natürlich die Hauptsache, aber daneben erhalten sie unter dem Namen von andern Fächern hauptsächlich auch nur wieder Religionunterricht. So wird in der Geschichte immer nur der bekannte Finger Gottes nachgewiesen, im Griechischen hauptsächlich das neue Testament traktiert. Die Naturwissenschaften werden dagegen möglichst vernachlässigt.

Durch diese beinahe preussische Dressur bringt man die Leute dann entweder dahin, daß sie wirklich selber an die Dogmen des Christentums glauben; oder man macht die wenigen wirklich Begabten und selbstständig

Denkenden unter ihnen zu Handlern. In welcher die Künste der Jesuiten noch überbretternde Weise man es versteht, in diesen Seminaren die Ehre der Höligen zu vertheilern, dafür liefert den besten Beweis einer der wenigen ehemaligen Seminaristen, die sich von der geistigen Verblödung der Seminäre freimachen versucht haben, — wir meinen David Strauß. Es ist unabweisbar noch eine Kadaverstank der Seminarpredigt, die er selbst aufs Bestigste angegriffen hat, wenn er — der Arbeit — über Republik und Sozialismus urtheilt, wie ein Schuljunge, der getrennt nachplappert, was ihm eingepaukt ist. Zum Atheismus hat Strauß sich durchgerungen trotz Seminar, aber die Konsequenzen des Atheismus hat er nicht mehr zu ziehen vermocht, dazu ist er eben doch schon zu sehr Produkt der Seminarerziehung gewesen. Jeder unbefangene Leser von „Der alte und der neue Glaube“, der den Bildungsgang von Strauß nicht kennt, wird die Inkonsequenz des Namens unweilich finden, mit der er die überflüssige Autorität, die er eben dem Gotte gerührt hat, geradezu mit bürren Worten auf die Monarchie, auf Könige und Päpste wieder überträgt. Und man wird es nur bedauern, wenn man es als Seminarabstrichler ansieht, daß er das ideale, den Glauben an ein Fortleben nach dem Tode völlig ersetzende Element im Sozialismus so gänzlich übersehen und verkannt, als er noch einem Ertrag für den verloren gegangenen Gottesglauben suchte. Daher kommt er denn zu dem ärmlichen Ertrag, den er in Kunstgenüssen für die Gebildeten findet; um die großen Massen, die keine Kunstgenüsse haben kann, kümmert er sich nicht, und davon, daß im Sozialismus schon der neue Heiland erschienen ist, der an die Stelle des gekürzten Christentums die Lehre vom großen Worte der Einzelgenügs ohne Religion im Dienste der Gesamtheit setzt, davon hat er keine Ahnung. Wenn also sogar bei einem solchen Manne die Nachwirkung der Seminarerziehung noch in seinen Verhältnissen nachweisbar ist, was muß dieselbe da erst auf anderen weniger widerstandsfähigen und begabten Menschen machen?

Erwägt man dies alles, so wird man das System begreifen, nach welchem hier verfahren wird. Zunächst sorgt man auf dem gemeinsamen Wege immer für eine hinreichende Menge von Theologen und zwar durch eine Art von Inzucht, indem man dieselben fast durchweg aus den besseren und besitzgenüthigen Beamtenfamilien erhält. Dadurch und durch das enge Zusammenleben pflegt man den jungen Leuten den nöthigen Körpergeist ein und verfließt sie neugierig in so geschickter Weise, daß sie tüchtig und brauchbar werden, dem Volke die notwendige Portion von Zufriedenheit im Elend, und von Dummheit — trotz der immer mehr um sich greifenden Aufklärung — beizubringen.

Und so erklärt es sich denn, wie man es bis heute möglich gemacht hat, sich des Sozialismus zu erwehren.

Eine andere Frage ist es aber, ob man das auch für die Zukunft noch können wird. Denn auch hier sind schließlich dieselben ökonomischen Bedingungen gegeben, wie anderswo. — Die alten Gewissen haben sich hier so fest zur Höhe, wie überall, und auch dem Dummsten müssen schließlich die Augen aufgehen, wenn er sieht, daß der liebe Gott zwar auf das Gebiet eines schwäbischen Prälaten den Deutschen Sieg über die Franzosen verleiht, daß aber alles Beten nicht hindert, den Hungrigen und Darbenden, trotz schwerer Arbeit ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen.

Auch hier bedarf es somit nur des Anstoßes um die tragen Massen in Hinz zu bringen und doch dieser Anstoß von innen oder von außen her in nicht allzu langer Zeit erfolgen muß, daran zweifelt wohl niemand, der die Zeichen der Zeit zu beurtheilen versteht.

Sozialpolitische Rundschau.

Daß in Deutschland nicht nur die sozialistische Partei täglich wächst, sondern daß ebenso und fast noch rascher und wirksamer, wenn auch Vielen unbewußt, die Grundsätze des Sozialismus immer größeren Einfluss auf das Gesellschafts- und Staatsleben gewinnen, haben erst die jüngsten Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses sowie einige damit im unmittelbaren Zusammenhang stehende Regierungsmassnahmen gezeigt. Den Verhandlungen des Landtags unterliegt gegenwärtig das Projekt der Regierung betreffend die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Daß diesem Projekt eben so sehr ein sozialistischer Gedanke zu Grunde liegt, wie dem Tabakmonopol, möge uns die Skizze, in welcher sich uns der Kern präsentiert, auch noch so wenig sympathisch sein —, daß jeder dieser Gesetzesentwürfe in Prinzip eine theilweise Verwirklichung des sozialistischen Programms bedeute, welche um so tiefergreifender ist, als sie notwendig wieder weitere Veränderungen im Sinne des Sozialismus nach sich zieht — darüber wird bei keinem Sozialisten ein Zweifel herrschen.

Die Vertreter des unversäulten Manchesterthums in der Eisenbahndebatte, die fortschrittlichen Abgeordneten Virchow und Eugen Richter, hatten deshalb vollkommen Recht, wenn sie auf den sozialistischen, auf den „revolutionären“ Gedanken der Eisenbahnverstaatlichung hinwiesen. Namentlich wies Richter nach, wie sich der unbewußt sozialistische Charakter, welcher dem Projekt eines zentralisirten Staatsbahnsystems untreubar anhafte, besonders deutlich in den Motiven zum Eisenbahngesetzentwurf zeige, in welchem derselbe zum Theil in einer scharfen Ausdrucks gefunden, daß man zuweilen „eher eine sozialistische Kritik des ganzen bestehenden Wirtschaftssystems, als die Denkschrift einer Regierung vor sich zu haben glaube, deren Bestehen doch die

*) Nach einem Ausspruch des Königs von Württemberg.

Existenz dieses selben Wirtschaftssystems zur notwendigen Voraussetzung habe.“ Es fehlt nicht an absoluter Form angelegten Behauptungen, welche für die Regierung die Rolle einer Art von Vorhebung in wirtschaftlichen Dingen in Anspruch nehmen. So werde dem Staate allgemein die Sorge für die geistliche Entwicklung und Gestaltung des inländischen Verkehrs zugeschrieben. An anderer Stelle werde ausgeführt, daß für die Ausführung der Eisenbahn-Unternehmungen das Nationalkapital in einem Maße in Anspruch genommen werde, welches dem Staate die Fürsorge für eine plan- und zweckmäßige Verwendung zur unerlässlichen Pflicht mache, „damit das Kapital des Landes nur dort Verwendung finde, wo es befruchtend zu wirken vermag und damit das Nöthige und Nützliche mit den geringsten Opfern und ohne wirtschaftliche Verschwendung erreicht werde.“ Wenn in dieser Weise der Umfang der Kapitalverwendung zum Maßstab für die dem Staate obliegenden Pflichten gemacht werden sollte, so würde „allerdings kein Halt mehr auf der schiefen Ebene zur Alles absorbirenden Staatswirtschaft“ zu finden sein. Denn wie groß auch das in den Eisenbahnen angelegte Kapital sein möge, so sei es doch nur gering im Vergleich zu dem Kapital, welches z. B. in der gesamten industriellen Produktion des Landes angelegt sei. Hier erst recht hätte also der Staat die Pflicht, darüber zu wachen, „daß das Nöthige und Nützliche mit den geringsten Opfern und ohne wirtschaftliche Verschwendung erreicht werde.“ Diese Vorstellungen von Staatsmacht und Staatsweisheit seien dem Sozialismus näher verwandt, als sich die Träger derselben vielleicht bewußt seien. Wenn der Minister von einer Herrschaft der Plutokratie, von der Ausbeutung des Privatkapitals, von der Spekulation, von der planmäßigen Anlage des Privatgewerbes, von unfruchtbarer Konkurrenz, von der Kapitalvergeudung durch die Privatindustrie spricht, so fänden sich alle diese „Rebensarten“ längst in den sozialistischen Reden und Beschlüssen, und zwar seien die Sozialisten dabei viel konsequenter, indem sie es nicht bei den Eisenbahnen bewenden lassen, sondern die von der Regierung für die Verstaatlichung der Eisenbahnen angeführten Motive folgerichtig auch auf andere, eben so wichtige Wirtschaftszweige anwenden.

Wir können diese Ausführungen — soweit sie sachlich sind — und von ihrer persönlichen Färbung natürlich abgesehen — fast wörtlich akzeptieren. Und aus diesem Grunde sind wir auch weit davon entfernt, uns der preussischen Eisenbahnvorlage gegenüber grundfalsch und ohne weiteres feindlich zu verhalten, wie es merkwürdiger Weise ein anderes sozialistisches Blatt für nötig hält. Im Gegentheil ist uns die Vorlage grundsätzlich sympathisch und nur die Einzelheiten der Durchführung der Idee, die Form ihrer Verwirklichung, vor Allem der Umstand, daß die ohnehin schon überproportional große Macht der Regierung durch die Auslieferung des gesamten Eisenbahnwesens mit seinen enormen wirtschaftlichen Machtmitteln an sie noch übermächtiger und schrankenloser werde, zwingen uns zu einer veränderten Stellung. Wir werden uns demnach eingehender mit dieser Sache befassen.

Herr Magnach, der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten, hat soeben einen amtlichen Bericht über die Arbeiterverhältnisse auf den fiskalischen Werken veröffentlicht. Selbstverständlich ist in demselben, wie bei solchen Berichten in Preußen herkömmlich, systematisch Schandfaberei getrieben und alles, was die Verhältnisse der Arbeiter irgendwie in ihrem wahren, dunkern Licht erscheinen lassen könnte, sorgfältig vermieden. Wie man hierin selbst vor der öffentlichen Falschung nicht zurücksteht, zeigt am besten der Umstand, daß in dem Bericht des bekannten Rothandes in Zabrze und der dadurch hervorgerufenen Anruhen nicht mit einem Wort erwähnt ist! Der ministerielle Bericht kann demnach gewiß nicht der Schwarzseherei oder Uebertreibung geziehen werden, wie es den von der oppositionellen Presse ausgehenden Berichten über Rothandes etc. fast immer geschieht — von denen der Arbeiterpresse, die ja den Herren von vorneherein als lediglich zur Aufreizung der Beschloßen gegen die Reichen und zu Zwecken einer „auf den Umsturz aller bestehenden Ordnung abzielenden wässern Agitation“ erfindene Lügen gelten, ganz abgesehen. Um so schmerzlicher ist dafür aber auch das, was der Bericht Angünstiges über die Arbeiterverhältnisse zu sagen gezwungen ist und was wir nachfolgend in Kürze wiedergeben.

Die materielle Lage der auf Staatskosten beschäftigten Arbeiter — sagt der Bericht wörtlich — hat in Folge der andauernd ungünstigen Zeitverhältnisse im Etatsjahr 1878/79 eine Aufbesserung gegenüber dem Vorjahre nicht erfahren.

zwar von einem Menschen, der selbst Allen, die ihn kennen, als ein Trunkenbold und Lubdion erster Klasse bekannt ist, und von dem ein zweifacher Unterleib, das er zeitweilig den delirium tremens anheimfällt!

Solche häufigen Anfälle sind es auch offenbar gewesen, unter denen Herr Bernhard Beder sein Buch in die Welt setzte, und mit Kenntniß dieser persönlichen Eigenschaften des Verfassers werden dem Leser die häufig geradezu unverständlichen Ausfälle erklärlich, denen er fast auf jeder Seite des Buches gegen die Anhänger und Vertheidiger der Kommune und insbesondere auch gegen den weiblichen Theil derselben begegnet. Allen Maßnahmen der Kommune werden stets die gefährlichsten Motive unterstellt, nicht eine Handlung, nicht ein Vorfall findet den Beifall des Verfassers. Herr Bernhard Beder hat mit Vorliebe alle gegen die Kommune gerichteten Schriften durchzulesen, um daraus die gemeinsten Stellen, enthaltend Schmäzungen von angeblichen Kommuneleuten, mit möglichster Breite und gewürzt durch eigene kritische Zuthaten in demselben Sinne, abzudrucken. Die historischen Arbeiten der Kommuneorden B. Malon, Levaugais, Charles Deslan, Vissagaran, Arthur Renoult und Anderer, sind „lächerliche Kommunegegeschichten“, die keine Beachtung verdienen. Dagegen wird von Herrn B. Beder in seinem Buch mit vollem Ernste ein Artikel der „Revue“ für die schlechte Behandlung des Erzbischofs von Paris zitiert und das Zeugniß Binoy's wird dafür angeführt, daß Dupal nicht mehrmals von Versailler Soldaten niedergemacht worden, sondern im Gefecht gefallen sei.

Daneben wimmelt die Schrift von Widersprüchen. Einmal tabellet Herr Bernhard Beder, daß die Kommunemitglieder ihre Reuter nicht gratis versehen und als bloße Ehrenämter betrach-

ten, wie es das Bourgeoisgesetz sogar vorschreibt, und dann tabellet er wieder in demselben Athemzuge, daß die Kommune das Gehaltsmaximum auf jährlich 6000 Francs angesetzt und damit „lächerliche Köpfe“ zurückgestoßen, denen ein solcher Gehalt zu niedrig sein mußte. — Daß die Kommune Anfangs nur die unverheirateten Männer von 19—35 Jahren in die Nationalgarde einreichte, tabellet er als große Ungerechtigkeit; wenige Seiten weiter aber erscheint ihm die Anordnung der Kommune, daß namentlich auch die Verheirateten aus diesen Altersklassen eingereicht werden sollten, als eine unerhörte „Tyrannei“. Daß 1870 vierzigjährige preussische Landwehrmänner in Frankreich, fern von Weib und Kind, und gewiß nicht freiwillig, im Felde standen, hat Herr Bernhard Beder natürlich, als er sein Buch schrieb, längst vergessen.

Ein wahrer Wuthanfall befällt den Herrn Verfasser, wo er konstatiert, daß die Kommune die Unterstützung für alle Wittwen der Gefallenen dekretierte, einerlei, ob sie mit ihrem Manne „geheilig“ verbunden waren oder nicht. Bei dieser Gelegenheit wird Herr Beder zum fanatischen Vertheidiger der „legitimen“ bürgerlichen Ehe und des bürgerlichen Eigentums.

Daß die Kommune auf die Niedermehlungen der Gefangenen durch die Versailler in einem Dekret mit Repressalien drohte, darin sieht Herr Bernhard Beder die vollständige „Schreckensherrschaft“, dagegen findet er die Exekution der gefangenen Kommunarden, denen als „Rebellen“ nur ihre Rechte geschah, ganz in der Ordnung und bezeichnet die Grausamkeiten der Versailler als „erlogen“!

Diesem Standpunkt entsprechend ist Herr Thiers der Mann des Herrn Bernhard Beder, „denn die Nation stand auf der Seite von Versailles“ und demgemäß konnten „solche dumme,

von Ehrgeiz und Einbildung besungene Elemente — wie sie die Kommune hatte — wenn nicht den Helden des Staats stürzen, gar nicht anders behandelt werden, als es nach ihrer Verlegung geschah.“

Nach dieser Auffassung hatte also auch Herr von Bismarck und die deutsche Bourgeoisie das Recht, das Sozialistengesetz zu erlassen und die Minorität mundtot und rechtlos zu machen. Man sieht, warum das Beder'sche Buch nicht vom Sozialistengesetz getroffen wurde. Solche Apostatenarbeit kommt den deutschen Gemüthlichen recht und wenn man bisher noch so wenig das Werk gegen die deutschen Sozialisten ausgebeutet hat, so unterließ dies wohl nur, weil das Werk zu gemein ist und die korrupte Gesinnung seines Verfassers zu deutlich an der Stirn trägt.

Es ist in der Zeit der höchsten Aufregung, unmittelbar nach dem Fall der Kommune, konnte man in den deutschen Zeitungen jene Kumulation von Schimpfwörtern finden, die heute, mehr als acht Jahre nach der Niederwerfung der Kommune und nachdem die Regierung Frankreichs eine Amnestie ertheilt, Herr Beder in seinem „Geschichtswort“ getreulich wiederläutet. Darnach war die Kommune „ein großes Katzenhaus“, die Kommunarden „Brandstifter und Mörder, wie Räuber, Diebe, Schlägler und Wollüstlinge“, die Verwaltung eine „Rebellenwirtschaft“. Ganz selbstverständlich, daß sowohl der banalste Generalstab der Internationalen in London, wie die deutschen Sozialisten, welche die Kommune zu vertheidigen wagten, den höchsten Jorz des Herrn B. Beder hervorrufen und dem entsprechend abgekanzelt werden.

Es ist überflüssig, ein Wort weiter über das B. Beder'sche Machwerk zu verlieren. Kein anständiger Mensch kann diese Schrift anders, als erfüllt von Ekel und Verachtung, bei Seite legen.

Nicht nur wurde im Laufe der Frühjahrs- und Sommermonate wegen störenden Abgases der bedeutenden Werksbetriebe abermals eine nicht unerhebliche Verminderung der Belegschaften notwendig, sondern verschiedentlich mußte auf einzelnen Gruben, beispielsweise im Saarberg, auch noch die ganze vorhandene Mannschaft 2 bis 3 und selbst mehr Tage im Monat unfreiwillig feiern. Zwar brachten Herbst und Winter dem größten Theile der entlassenen und beurlaubten Bergleute wieder ausreichende Arbeit, indessen ging immerhin die Gesamtzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter erheblich unter die des Vorjahres herab. (Es sind nämlich, wie der Bericht an einer anderen Stelle sagt, im Jahre 1878/79 42,543, d. h. 1,218 Arbeiter weniger als im Vorjahre auf den Staatswerken beschäftigt gewesen.)

Was die Höhe der Löhne betrifft, so stellte sich im Saarbrücker Distrikt beispielsweise der Durchschnittslohn sämtlicher Werksarbeiter (ausschließlich der Grubenbeamten) im 1878/79 auf 2,95 M. pro Mann und Schicht gegen 2,97 M. im Jahre 1877/78. Der durchschnittliche Jahresverdienst eines Arbeiters, welcher sich im 1877/78 auf 832 M. belief, betrug im 1878/79 811 M., wovon nach Berücksichtigung der Auslagen für Lampenöl, Neubeschaffung der Schuhe und Beiträge zur Knappschaftskasse durchschnittlich 732 M. als freies Jahresinkommen (!) bezeichnet werden können. Auf der Königin-Louise-Grube in Oberschlesien verdiente der Häuer im Gedinge durchschnittlich 2,51 M., der Schlegler 1,82 M., der erstere hiernach 7,7 Pf., der letztere 7,8 Pf. weniger als im Vorjahre. Der auf der Königsgrube in Oberschlesien den Arbeitern pro Tag im 1878/79 gezahlte Lohn betrug durchschnittlich für die Häuer 2,19 M., d. h. 14,0 Pf. weniger als im 1877/78, und für die Förderer 1,52 M. oder 3 Pf. weniger als im 1877/78. Im Großen und Ganzen gingen, wie bei den angeführten Beispielen, die Löhne auf allen fiskalischen Werksbetrieben zurück.

Wenn der Minister nun an die punktierte Stelle die Worte „nicht erheblich“ setzt und an anderen Stellen die Ansicht ausspricht, daß die Lage der fiskalischen Arbeiter trotz der durchschnittlich eingetretenen „weiteren Ermäßigung (!) der Löhne“ im Allgemeinen durchaus auskömmlich und nirgends ein Nothstand eingetreten sei — so gehört das eben, sehr artig gesprochen, auf das Gebiet der schon besprochenen phlegmatischen Schönfärberei. Uebrigens widerspricht der Minister diesen Feingedenks-Phrasen im weiteren Verlauf seines Berichtes selbst, indem er jagt, daß, obwohl die Verhältnisse des Bergarbeiterstandes während des im Rede stehenden Jahres mit Rücksicht auf die auf Bevölkerungszunahme in Mitteldeutschland ziehende wirtschaftliche Krise als befriedigende bezeichnet werden könne, doch nicht zu verkennen ist, daß es bei dem gegenwärtigen Stande der Löhne und der zu erzielenden Höhe des Verdienstes dem gewissenhaften Arbeiter nur durch die äußerste Einschränkung und sorgfältige Sparsamkeit gelingen kann, seine Familie ordentlich zu unterhalten. Entweder ist demnach die frühere Versicherung des Ministers, daß die Lage der Arbeiter eine „befriedigende“ und „durchaus auskömmliche“ sei, nichts als eine leere und zwar recht alberne und gewissenlose Redensart, oder aber Herr Maybach ist der Meinung, daß der „befriedigendste“ Zustand zwar nicht für die Arbeiter, wohl aber für die herrschende und ausbreitende Klasse — der sei, wenn die Arbeiter nur bei der äußersten Einschränkung sich und ihre Familien zu ernähren vermögen! Und damit werden wir wohl das Richtige getroffen haben.

Wögen die Arbeiter dieses werthvolle Gesandnis nicht vergessen!

Die bekannte Affäre Frische-Hasselmann, nämlich die Anklage wider diese beiden Abgeordneten wegen angeblicher Mißhandlung des Berliner Verlagerungsstandes durch ihre Anwesenheit im Reichstag, ist nun endlich zum Schluß gekommen. Und zwar ist derselbe sehr blamabel für die Regierung ausgefallen. Denn nachdem die Regierung das „Verbrechen“ der beiden Abgeordneten für groß genug befunden, um vom Reichstag die Ermächtigung zur sofortigen Verfolgung der Bannbrecher zu fordern, und nachdem Tesendorf nach der fast einstimmigen Ablehnung dieses außerordentlichen Verlangens durch den Reichstag, nach Schluß des Letzteren, die Anklage vor dem zuständigen Gericht erhoben und mit allem Nachdruck betrieben, hat nun die erste Strafkammer des Berliner Landgerichtes I. entschieden, daß Frische und Hasselmann außer Verfolgung zu setzen seien, d. h. daß auf die Anklage Tesendorfs gar nicht weiter einzugehen sei!

Dieser Gerichtspräsident kann auch nach §§ 172 und 346 der neuen Strafprozeßordnung nicht mehr angefochten werden und ist somit die wahrhaft pyramidale Theorie der Regierung, daß es in ihrem Verleihen stehe, durch eine einfache Ausweisung aus Berlin einem Reichstagsabgeordneten zugleich auch das Recht zur Ausübung seines Mandates zu nehmen, in letzter Instanz für rechtlich unzulässig erklärt worden. Natürlich ist die Regierung über diesen Ausgang nicht sehr erbaud, und sucht sie, während den Beginn des Prozesses mit gewaltigem Lärm in Szene setzte, das unliebame Ende möglichst totzuschweigen. Vielleicht redankt sie sich durch neue Ausnahmeverordnungen gegen uns Sozialisten. Wir sind indes verstockte Sünder genug, um solchen Dingen ziemlich ruhig entgegenzusehen.

Aus Oesterreich kommen zwei Nachrichten, von denen die eine allgemeine Heiterkeit, die andere aber das peinlichste Aussehen und in allem nicht durch den Parteigast um jede Urtheilskraft gekommenen Kreisen tiefe Empörung hervorruft. Was die erste betrifft, so wurde vorletzter Woche in Lemberg ein „verdächtiges Individuum“, in welchem man einen „sozialistischen oder nihilistischen Agitator“ vermuthete, angehalten und verhaftet. Nachdem man das „Individuum“ aber einige Tage in der aus unserer vordorigen Nummer bekannten Weise ohne Verhör brummen, hungern und frieren lassen und seine dringenden Forderungen nach Vernehmung mit Grobheiten und schließlich mit Dunkelverhaft beantwortet hatte, stellte sich schließlich heraus, daß der Verhaftete kein Sozialist, sondern ein Geheimpolizist

und zwar ein Agent der Petersburger dritten Abtheilung war, der „einem gefährlichen, politischen sozialnihilistischen (was nun das für eine neue Thierpezies sein?) Agitator“ nachgespürt war und während er ihn verfolgte, von seinen dummen Lemberger Kollegen festgenommen worden war. Die Heiterkeit, welche dieses Polizeistückchen erregt, ist um so größer, als während der Haft des Politisten der von ihm Verfolgte zum großen Mißvergnügen der allirten russisch-österreichischen Polizei spurlos verschwunden ist!

Die zweite Nachricht meldet der Telegraph aus Krakau. Wie derselbe die gefangenen Sozialisten behandelt werden und wie eine große Anzahl derselben sich in schreiendster Gesetzesverletzung bereits 6 und 8 Monate ohne Urtheil in Untersuchungshaft befinden, haben wir des Ausführlichsten in unserer vorletzten Nummer erzählt. Durch diese unerhörte Behandlung sind nun 38 gefangene Sozialisten förmlich zur Verzweiflung getrieben worden und haben schon seit 3 Tagen weder Speise noch Trank genommen, indem sie erklärten, eher den Hungertod zu ertragen, als sich noch länger so behandeln zu lassen. Auf die Nachricht hiervon begab sich der Landesgerichtspräsident in's Gefängnis und beschwor die Gefangenen, von ihrem verweirtesten Anschluß abzutreten, da ihre Hauptverhandlung in naher Aussicht sei; auch gab er Befehl, den Gefangenen eine Anzahl kleiner Erleichterungen zu schaffen. Die Behörde hat auch in der That allen Grund, dem Skandal einer freiwilligen Massenverhungerei — wenn sie auch nur halb, d. h. bis zur Errettung durchgehülft würde — vorzuziehen, da keine amtlichen Lügen den zwingenden Schluß umzustoßen vermöchten: wie elend die Behandlung von Menschen sein müsse, wenn sie derselben sogar die entsetzlichen Qualen des Hungertods vorziehen! Schmach über eine Gewalt, die ihre politischen Gegner so insam behandelt!

Die französische Regierung empfängt fast Tag für Tag schlagende Beweise, wie dumm es von ihr war, ohne Noth einen Kampf mit den fortschrittlichen Elementen des Landes zu beginnen. Den Wahlen Humberts in Paris und Garel's in Lyon ist nun ein weiterer Sieg der vereinigten Intrantigen und Sozialisten gefolgt, der um so bedeutsamer ist, als er im Norden errungen wurde, der von den Reaktionsären stets ob seiner „Mäßigkeit“ gepriesen wurde, die ihn allen „extremistischen“ Ideen unzugänglich mache. In Lille ist nämlich der Sozialist Ch. F. Damez gegen die Kandidaten der Gaubertisten und des linken Zentrums gewählt worden; ein bis jetzt völlig unbekannter Mann, der jedoch von den Wählern gleichwohl den andern, als langjährige Vorkämpfer des Liberalismus unter dem Kaiserreich bekannten Kandidaten vorgezogen wurde, bloß auf die Empfehlung durch ein sozialistisches Komitee hin.

Auch der vertriebene Humbert fährt fort, der Regierung das Leben schwer zu machen. Bei seiner bekannten jüngsten Gerichtsverhandlung machte er in seiner brillanten Verteidigungsgrede gräßliche Enthüllungen über die von der Regierung an den Deportirten und namentlich im Bagno in Neufalonden begangenen Schandthaten. Der Bagno, sprach er, ist ein Ort, in welchem Menschen in mit den Käfen nach oben aufgeknapft und dann durchgepeitscht werden, ein Ort, in dem man zum bloßen Zeitvertreib Menschen umbringt. Ich habe mit eigenen Augen gesehen, wie Deportirte, die eines Diebstahls verdächtigt waren, mit der Kanne geprügelt wurden und wie man dann nach jedem Streich noch mit glühendem Eisen in die Wunde drückte. Es gibt dort Mästerwerkzeuge, die sogenannten poucettes (Daumenschrauben), welche den Unglücklichen erbarmungslos einen Finger nach dem andern abstrennen. Wenn man in der Kammer diese Gräueltat zur Sprache bringt, so beistigt der Marineminister die Tribüne und erklärt kurzweg: das ist falsch. Ich aber habe mit eigenen Augen gesehen und mit eigenen Händen die Wunden berührt. In diesem Bagno habe ich drei Jahre geschmachtet, bis die militärische Justiz selbst sagte, daß ich nicht in alle Zeit für die Uebrigen büßen solle und mich in die Kategorie der politischen Deportirten verwies. Diese neue Buße währte fünf Jahre. Ach, wenn ich daran denke, mag ich gar nicht mehr vertheidigen.

Diese Enthüllungen über diese unmenschlichen, aber der Verfallenen Blutthunde vollkommen würdigen Barbareien riefen natürlich allgemeines Aufsehen mit allgemeiner Empörung hervor, so daß die Regierung nicht anders konnte, als eine Untersuchung über die Zustände der Strafkolonie einzuleiten. In welchem Geist und mit welcher Absicht dieselbe aber geführt wird, beweist die Thatsache, daß mit der Führung derselben der berühmte Polizeidirektor Clément, einer der Hauptagenten Pietri's, der schon beim Prozeß von Biols und bei dem Pulch der „weißen Blauen“ unter dem Kaiserreich eine Rolle spielte, also eines der gewissenlosesten Werkzeuge der Gewalt betraut wurde! Humbert wirft nun in einem offenen Brief an den Minister demselben diese Thatsachen vor und jagt dann neue Beispiele der Grausamkeit gegen die Verurtheilten auf. Ein Deportirter, Cibat, No. 671, ist in der schrecklichsten Weise auf den nackten Rücken geschlagen worden; er, sowie ein anderer, seien nach dieser Behandlung für immer gelähmt gewesen. Wieder einem Andern habe man bei den gefesselten Händen aufgehakt und in gleicher Weise behandelt. Einen namens Cadot, No. 1050, habe man bei den Käfen aufgehakt und mit einem Prägel auf den Kopf geschlagen. Er sei verurtheilt worden, sowie denn überhaupt alle die Gepeinigten nach der „Operation“ unfähig geworden seien, irgend eine Arbeit in ihrem Lebensunterhalt zu verrichten. Der Brief schließt mit dem Postscriptum: „Ich halte immer noch zu Ihrer Verfassung die Daumenhochheben, die ich aus dem Bagno mitgebracht habe.“

Und diese Angaben werden auch von anderen Seiten bestätigt. So erklärt ein anderer Amnestirter in der „Marxzeitung“, im Bagno von Lonsan Augenzeuge gewesen zu sein, wie man Kommunepervertirte, die beim Cigarettenrauchen ertrappi wurden, auf eine Bank schnallte und ihnen mit einem dicken Strick Hiebe auf den nackten Rücken gab, bis das Blut emporspritzte. Manche der Gepeinigten hätten nach Empfang eines Theils ihrer Strafe in's Hospital gebracht werden müssen, und nach halber Heilung ihrer Wunden habe man ihnen den Rest der zugepropheten Zahl von Hieben ertheilt! Einige hätten dann auch ihr Leben dabei eingebüßt. Zum Aussehen der Schläge habe man gewöhnlich einen der kräftigsten Galeerensträflinge verwendet, dem man vor der „Operation“ mittelst Braun-

weins Wuth einzuschöpfen pflegte! — Weiter veröffentlicht der „gemäßigte“ „National“ eine Reihe von Briefen, aus denen hervorgeht, daß man nicht allein die Daumenhochheben anwendet, sondern auch für das geringste Vergehen das Auspeitschen anordnet. Auf einmal kann man nicht mehr als 25 Hiebe ertheilen; bei vielen Verurtheilten mag schon beim achten Hieb das Peitschen eingestellt werden, weil der neunte unfehlbar den Tod zur Folge haben würde. Also doch wurden Sträflinge bis zu 250 Hieben verurtheilt. Nach jedem 25 Hieben werden sie dann in eine Zelle gebracht und erhalten, wenn sie wieder hergestellt sind, weitere 25 Hiebe, bis sie ihre volle Strafe erhalten haben. Straflager suchten der Marine dadurch zu entgehen, daß sie einen Noth begingen; sie wurden dann nämlich nicht mehr gepeitscht, sondern hingerichtet!

Ewige Schmach und Schande über eine „Ordnung“, welche über Herrschaft mit solchen, eines altdemischen oder mittelalterlichen Kollertwechters würdigen Mitteln aufrecht erhält! Und mögen alle ehrlichen, menschlich gefinnenen Menschen zusammenstehen, um die Wiederholung solcher Gräueltaten unmöglich zu machen: durch den Sturz der heutigen Klassenherrschaft und den Sieg des Sozialismus!

Man erinnert sich der italienischen Seite der Vagarettisten, welche gewisse sozialistische Ideen mit einem übermuthenden Mysticismus verquicte und dadurch, sowie durch die angehende Verächtlichkeit ihres Gründers und „Propheten“ unter der im tiefen und hoffnungslossten Gland dahinlebenden, abergläubischen Landbevölkerung zahlreiche Anhänger gewann. Als diese Seite im Sommer vorigen Jahres friedlich und unbewaffnet eine Prozession veranstaltete, trat ihr die Polizei entgegen und schritt in der rohesten Weise und durch nichts provoziert mit den Waffen gegen sie ein, wobei Vagaretti selbst ermordet und noch zahlreiche seiner Anhänger verwundet wurden. Um nun die vichische Gewaltthätigkeit zu beschönigen und als Nothwehr hinzustellen und um zugleich der quassozialistischen Seite den Todesstoß zu geben, ließ die Regierung die herborgerandten der überlebenden Vagarettisten wegen Aufrühr und öffentlicher Gewaltthätigkeit anklagen und beauftragte einen ihrer geschicktesten Untersuchungsrichter mit der Vorbereitung der gewünschten Verurtheilung. Alle diese Bemühungen haben indes zu keinem Resultat geführt, indem vor wenigen Tagen die Angeklagten freigesprochen wurden und dadurch konstatiert worden ist, daß sich die Polizei einer unerhörten Gewaltthat schuldig gemacht hat. Indessen läßt sich die Regierung durch dies Verdict in ihren Willkürmaßregeln durchaus nicht beirren und betreibt die Verfolgung der Sozialisten gerade jetzt wieder rücksichtslos denn je. So wird der sozialistische „Movimento sociale“ von Neapel fast jede Woche konfisziert und letzte Woche ist der Mailänder „Plebeo“ dasselbe Schicksal widerfahren.

Die Henker des russischen Jaren haben wieder einmal „Urtheile“ über „politische Verbrechen“ angelegte Nihilisten gefällt. Das Kriegsgericht in Kiew verurtheilte von neun Angeklagten Kravonowsky zum Tode durch den Strang, Schirkan und Kasatschowsky zu zehn Jahren, Turowitsch zu sechs Jahren, Woljarsky und Stapanow zu vier Jahren Zwangsarbeit, Delowsky, Ganabdy und Dwisly zu geringeren Arreststrafen. — Wie wenig aber dadurch der „Nihilismus“ unterdrückt werden kann, zeigt die vor Kurzem erfolgte Ausgabe einer neuen geheimen Revolutionärszeitung mitten in Petersburg. Das Blatt, welches den Titel „Narodnaja Wolja“ (Volkswille) trägt, erklärt, daß das bisherige Schwelgen über revolutionären Bräse keineswegs durch eine Vernichtung der revolutionären Partei verursacht worden sei, indem diese Vernichtung überhaupt nur in der Phantasie der Regierung existiere. Die Stiftung der Herausgabe des Revolutionärsorgans sei lediglich aus praktischen Gründen erfolgt, wie ebenso aus praktischen Gründen von nun an das Organ wieder weiter erscheinen werde. Die „Narodnaja Wolja“ ist bei aller Entschiedenheit verhältnismäßig maßvoll und von einer Empfehlung von Noth und Brandstiftung findet sich kein Wort.

Berichte.

Berlin, 12. November. In Nummer 5 drücken Sie Ihre Verwunderung darüber aus, daß Ihnen seitens der hiesigen Genossen nähere Mittheilungen über die letzten Ausweisungen nicht zugegangen sind. Es ist dies allerdings unterblieben, aber nicht aus Lässigkeit, sondern nur, weil dem von Ihnen schon Berichteten nichts von Bedeutung hinzuzufügen war und weil ein besonders erwähnenswerther Charakter diesen Ausweisungen nicht anhaftete. Bemerkenswerth ist vielleicht nur — außer der bereits von Ihnen zitierten Affäre Wicbols — wie es dem gleichfalls ausgewiesenen Genossen Mählberger erging. Eine Schaar von Freunden begleitete denselben zur Bahn unter etwas lebhafter Bezugung ihrer Gesinnungsfreundschaft. Diese kleine Demonstration that den anwesenden Polizeioffizieren ein Dorn im Auge, beim sie machten ihrem augenscheinlichen Aerger dadurch Luft, daß sie M. dessen Zug eine kurze Zeit später abging, als ihm laut Ordre zu bleiben verstatet war. Verhafteten, auf's nächste Polizei-Bureau führten und von dort allerdings nach einigen Hörgelien wieder freiließen. Einem der begleitenden Freunde soll ein anwesender Polizist unter hartem Ansprechen eine rote Blume, die derselbe im Knopfloch trug, gewaltsam entnommen haben. Welche Freiheit des Benehmens und zugleich welche — kindliches Vergnügen liegt in solchen und ähnlichen Handlungsweisen der „hohen Obrigkeit“!

Ob diesen Ausweisungen besondere Motive, besondere Absichten zu Grunde liegen, darüber herrschen hier Zweifel. Der Verlagerungsstand wird prolongirt werden oder nicht, mit oder ohne Motive, Wozu auch noch motiviren? Einem solchen Landtag, einem solchen Reichstag, einer solchen reaktionären Masse gegenüber, die jauchzt über jeden Schlag, den man glaubt, der verhassten Sozialdemokratie versetzt zu haben? — Der Verlagerungsstand hier hat für die Polizei in erster Linie den Zweck, durch Terrorstrafen und Bange machen, jede Bewegung der Partei am Orte zu verhindern. Wir sind darüber unterrichtet, daß die Polizei nicht mehr nach dem Prinzip der „Befählichkeit“ ausweist, sondern daß sie eine Liste führt über eventuell aus-

